

Niederschrift
über die Sitzung des Arbeitskreises Haupt- und Personalamtsleiter/-innen (Nord)
am Donnerstag, 4. Nov. 2010,
in der Stadt Halberstadt, Rathaus Holzmarkt 1,
38820 Halberstadt

Beginn: 10:00 Uhr

Ende: 12:30 Uhr

Teilnehmer: s. Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 02.06.2010 in der Stadt Burg
(versandt per Mail am 17.06.2010)
3. Strategien zur Personalgewinnung;
Erfahrungsaustausch
4. Zensus 2011;
Erfahrungsaustausch zum Stand der Vorbereitungen und der erwarteten Kosten
5. Gutachten zur Organisationsstruktur der Städte und Gemeinden in Sachsen-Anhalt;
Bericht der Landesgeschäftsstelle
6. Einheitliche Behördenrufnummer 115;
Sachstand in Sachsen-Anhalt
7. Aktuelle Informationen der Landesgeschäftsstelle
8. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen
9. Zeit und Ort der nächsten Sitzung

Zu TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Tagesordnung

Herr Liebenehm eröffnet die Sitzung des Arbeitskreises. Die mit der Einladung versandte Tagesordnung wird festgestellt.

**Zu TOP 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 02.06.2010
in der Stadt Burg
(versandt per E-Mail am 17.06.2010)**

Die per E-Mail am 17.06.2010 versandte Niederschrift wird genehmigt.

Zu TOP 3: Strategien zur Personalgewinnung; Erfahrungsaustausch

Herr Liebenehm führt aus, dass die demografische Entwicklung im Land auch Auswirkungen auf die Personalgewinnung im öffentlichen Dienst habe. Es wird eingeschätzt, dass in fünf Jahren weniger junge Mitarbeiter in die Verwaltung eintreten als ältere Kollegen in den Ruhestand gehen. Der öffentliche Dienst trete in Konkurrenz zur freien Wirtschaft, und die Tarifentwicklung nach TVöD habe auch Auswirkungen auf die Personalgewinnung.

Herr Liebenehm verweist auf einen Bericht des Städteverbundes Schleswig-Holstein, der zum Preis von 9,50 EUR beim Verbund bestellt werden kann.

Die Teilnehmer diskutieren zum Thema. Es wird festgestellt, dass sich die Gewinnung von Nachwuchskräften wie Auszubildenden zunehmend schwieriger gestalte, da viele Schulabgänger die notwendigen Voraussetzungen für eine Ausbildung nicht mehr mitbringen.

Bei der Stellenbesetzung von Fachkräften durch externe Einstellungen würden vielfach Diskussionen mit den Stadträten geführt, die diese Notwendigkeit – gerade bei Verwaltungsmitarbeitern – nicht einsähen. Es wird dabei auf die Haushaltskonsolidierung verwiesen und dass in vielen Verwaltungen Beschlüsse zum Einstellungsstopp bestehen. Weniger Diskussion gab es mit den politischen Gremien bei der Einstellung von Erziehern sowie von technischem Personal wie Hausmeistern und Gemeindearbeitern.

Herr Liebenehm führt aus, dass im Jahr 2004 eine Initiative des Städte- und Gemeindebundes und des KAV gestartet wurde, wonach u. a. mehr junge Mitarbeiter eingestellt werden könnten, und zwar auch im Falle der Haushaltskonsolidierung.

Frau Goldbeck informiert, dass bei dem hohen Altersdurchschnitt der Mitarbeiter in der Verwaltung vermehrt langfristige Krankschreibungen auftreten, beispielsweise durch psychische Erkrankungen. Sie verweist auf durchgeführte Gesundheitstage in der Verwaltung. Weiterhin wurde in Quedlinburg eine Mitarbeiterbefragung durchgeführt, wonach viele ältere Kollegen das Leistungsentgelt als „demotivierend“ empfanden. Wichtig würde es empfunden werden, wenn der Informationsfluss funktioniert und man über alle Angelegenheiten in der Verwaltung ausreichend informiert wäre.

Zum Abschluss fragt Frau Goldbeck nach den Gesundheitszirkeln, die lt. Tarif im Erziehungsdienst eingerichtet werden sollten. Hierzu konnten die Teilnehmer keine Erfahrungen aus ihren Verwaltungen berichten.

Zu TOP 4: Zensus 2011; Erfahrungsaustausch zum Stand der Vorbereitungen und der erwarteten Kosten

Herr Liebenehm ruft den Tagesordnungspunkt zur Beratung auf. Er stellt fest, dass nach Zensusausführungsgesetz das Land für die Durchführung des Zensus 2011 6,7 Mio. EUR den Kommunen zur Verfügung stellt. Die wirklichen Kosten, die nach einer Einschätzung des SGSA entstehen, betragen jedoch ca. 14,8 Mio. EUR. Es wird nunmehr die Erhebung einer Kommunalverfassungsbeschwerde zu prüfen sein. Diese Klage könne jedoch nicht durch den Verband, sondern nur durch den Träger einer Erhebungsstelle eingereicht werden. Herr Liebenehm bittet die Anwesenden, dass in Vorbereitung einer Klage die entstehenden **Kosten**

für die Erhebungsstellen ermittelt und an ihn weitergeleitet werden sollen. Die Klage soll voraussichtlich im Frühjahr 2011 erhoben werden.

Als ein weiteres Problem beim Zensus stellt sich der Datenaustausch über das Landesdaten-netz dar, da hier zu wenig Kapazität besteht. Es wird geprüft, ob der Datenaustausch über das Internet erfolgen könnte.

Zur Nutzung des ITN bittet Herr Liebenehm um Zuarbeit aus den Verwaltungen bis Dezember 2010. Von den Anwesenden wird eingeschätzt, dass das Netz zu schwerfällig ist und bei bestimmten Anwendungen, wie z. B. Wohngeldbearbeitung, überfordert ist. Es soll unter Verantwortung des Finanzministeriums ein neues Landesnetz geschaffen werden.

Bei der Besetzung der Erhebungsstelle liegt eine Musterdienstanweisung vor, wonach keine Mitarbeiter aus Einwohnermeldeämtern sowie dem Verwaltungsvollzugsdienst eingesetzt werden dürften. Es wird über die Personalausstattung diskutiert, wobei verschiedene Meinungen geäußert werden. Durch Herrn Kuschel wird informiert, dass der Leiter der Erhebungsstelle ein Mitarbeiter der Verwaltung sei, der stellvertretende Erhebungsstellenleiter durch externe Einstellung über Förderprogramm 50+ gewonnen wird.

Zu TOP 5: Gutachten zur Organisationsstruktur der Städte und Gemeinden in Sachsen-Anhalt; Bericht der Landesgeschäftsstelle

Herr Liebenehm erörtert, dass durch die KGSt ein Gutachten zur Organisation der Landkreise in Sachsen-Anhalt erarbeitet wurde. Es wurde dabei den regionalen Gegebenheiten im Land Rechnung getragen und beispielsweise Landkreise mit viel Fläche und wenig Einwohnern oder mit viel Einwohnern und wenig Fläche untersucht. Im Ergebnis dessen wurde als Empfehlung der KGSt erarbeitet, dass pro 1.000 Einwohner 3,06 bis 3,46 VbE in den Landkreisen vorgehalten werden sollten. Derzeitig liegt die Personalausstattung in den Landkreisen bei durchschnittlich 4,46 VbE/1.000 Einwohner. Dies würde einen Personalabbau von ca. 3.000 VbE bedeuten.

Als Reaktion des Innenministeriums wurde vorgeschlagen, auch ein Gutachten für die Organisation der Städte und Gemeinden in Sachsen-Anhalt erstellen zu lassen. Der SGSA steht diesem Ansinnen zwar grundsätzlich positiv gegenüber; es muss jedoch ein repräsentativer Querschnitt der Kommunen erreicht werden. Dazu sollten Größenklassen (Verbandsgemeinde, Gemeinde und Kreisfreie Städte) gebildet werden. Weiterhin darf keine Kostenbeteiligung der Städte gefordert werden.

Herr Liebenehm fragt die Anwesenden, welche Städte sich an einer Untersuchung beteiligen würden. Die Vertreter aus Stendal und Salzwedel sagen ihre Teilnahme zu. In Halberstadt ist derzeitig ein externer Gutachter (BSL Management Consult aus Bergheim) tätig, der ein Gutachten zur nachhaltigen Haushaltskonsolidierung erstellen soll. Die Firma BSL ist bis ca. Ende März 2011 in der Stadt Halberstadt tätig. Die Kosten belaufen sich auf ca. 100.000 EUR.

Zu TOP 6: Einheitliche Behördenrufnummer 115; Sachstand in Sachsen-Anhalt

Herr Liebenehm informiert, dass der Pilotbetrieb zur einheitlichen Behördenrufnummer in Deutschland im Jahr 2009 gestartet wurde. Eine flächendeckende Einführung fand bisher nicht statt. Der Regelbetrieb soll 2011 aufgenommen werden, wobei in den zu gründenden

Service-Centern eine Erreichbarkeit von 8 - 18 Uhr (montags bis freitags) abgesichert werden muss.

Das Land Sachsen-Anhalt strebt den Zeitpunkt 2013/2014 an, um eine flächendeckende Versorgung mit Servicecentern zu gewährleisten. Die Landeshauptstadt Magdeburg hat bereits ein Servicecenter, wobei auch die Telefonzentrale für die Landesregierung übernommen wird. Ein wirtschaftlicher Betrieb von Servicecentern wäre erst ab 200.000 Einwohner gegeben.

Die Teilnehmer diskutieren über die Einführung der Behördenrufnummer und deren Notwendigkeit. In Nachfragen wurde ermittelt, dass die meiste Nachfrage nach kommunalen Dienstleistungen besteht. Die Anwesenden stellen fest, dass die Einwohner der Kommunen auch ohne die Behördenrufnummer 115 wissen, wie sie ihr Rathaus erreichen könnten. Diesen Ausführungen schließen sich die Teilnehmer an.

Im Land gibt es nunmehr die Idee, „virtuelle Center“ zu bilden, die einen Zusammenschluss von Landkreisen und Gemeinden darstellen. Dafür wäre eine zentrale Wissensmanagementsoftware notwendig, die auch Daten aus den Gemeinden bereitstellt. Es gäbe allerdings keine Verpflichtung der Kommunen, sich an der Behördenrufnummer zu beteiligen.

Ein Leitfadentwurf zur Flächendeckung des Innenministeriums wird dem SGSA demnächst zur Stellungnahme übergeben. Der Beschluss des Leitfadens soll im Landeskabinett erfolgen. Zur Finanzierung der Rufnummer wurde landesweit ein Finanzierungsschlüssel erstellt, wonach Sachsen-Anhalt ca. 45.000 EUR pro Jahr zahlen soll. Es wird jedoch eingeschätzt, dass die zusätzlichen Kosten vor Ort für Hard- und Software von den Kommunen zu tragen sind.

Der SGSA wird nach dem Vorliegen des Leitfadens eine mögliche Beteiligung prüfen.

Zu TOP 7: Aktuelle Informationen der Landesgeschäftsstelle

Zum **Besoldungsneuordnungsgesetz** wurde der SGSA zur Stellungnahme aufgefordert. Derzeit wird der Gesetzentwurf im Landtag beraten, ein Beschluss erfolgt evtl. noch im Dezember 2010. Das Gesetz würde aber frühestens am 01.03. oder 01.04.2011 in Kraft treten.

Eine Information zum Leistungsentgelt für Beamte liegt derzeit noch nicht vor.

Zur **interkommunalen Zusammenarbeit im IT-Bereich** wird die Gründung der KITU eG angesprochen. Schwerpunkt der Arbeit ist derzeit die kostengünstige Beschaffung von Hard- und Software. Perspektivisch soll eine Übernahme von Fachanwendungen stattfinden.

Zur nächsten Sitzung des Arbeitskreises soll Herr Dr. Wandersleb, Geschäftsführer KID, eingeladen werden.

Herr Liebenehm informiert, dass ab 1. Januar 2011 der bisherige Erste Beigeordnete Jürgen Leindecker die Funktion des Landesgeschäftsführers übernimmt. Herr Liebenehm wird Erster Beigeordneter und betreut weiterhin den Arbeitskreis Nord.

Zu TOP 8: Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Zur Nutzung des **ELENA-Verfahrens** im Zusammenhang mit Wohngeld wird informiert, dass der Zugriff der Wohngeldstellen auf diese Daten ab 2012 erfolgen soll. Herr Liebenehm führt aus, dass im Rundschreiben des SGSA von Anfang November informiert wird, dass der

Zugriff der Wohngeldstellen auf die Daten nur mit elektronischer Signatur möglich ist. Viele Wohngeldempfänger verfügen jedoch über keine elektronische Signatur.

Im Normenkontrollrat der Bundesregierung wurde die Thematik ELENA geprüft. Es wurde u. a. vorgeschlagen, dass die Kommunen die elektronischen Signaturkarten für die Antragsteller selbst erzeugen. Dies wäre jedoch nicht leistbar. Nunmehr wird die Regelung nochmals im Normenkontrollrat geprüft mit dem Ziel der Überarbeitung des ELENA-Verfahrens.

Durch die Eingemeindungen kam es zu **Problemen mit der Zusatzversorgungskasse**, da Daten auf Grund des Zusammenschlusses zu spät übermittelt und Verzugszinsen berechnet wurden. Herr Liebenehm wird gebeten, eine Satzungsänderung anzuregen. Dazu teilt Herr Liebenehm mit, dass diese Thematik im Kassenausschuss bereits beraten wurde. Die Verhängung von Strafzinsen ist eine Kann-Bestimmung in der Satzung. Es stelle sich die Frage nach der Ermessensausübung bei der Entscheidungspraxis des KVSA.

Zur **Gebührenbefreiung für den neuen Personalausweis** fragt Frau Bartels. Bei den alten Personalausweisen gab es einen Runderlass zur Befreiung von Empfängern von SGB-II-Leistungen. Sie fragt, ob dieser Runderlass immer noch gültig ist. Es wird empfohlen, die Regelung der Personalausweisgebührenverordnung zu prüfen.

Zu TOP 9: Zeit und Ort der nächsten Sitzung

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, dem **3. März 2011, 10:00 Uhr**, in der Landesgeschäftsstelle des SGSA, in Magdeburg statt.

F.d.P. Diekmann

STÄDTE- UND GEMEINDEBUND SACHSEN-ANHALT



Anwesenheitsliste

für die Sitzung des Arbeitskreises Haupt- und Personalamtsleiter(-innen) Nord
am Donnerstag, dem 04.11.2010, 10:00 Uhr, in Halberstadt

Kommune	Name	Unterschrift
Stadt Halberstadt	Kuschel	[Signature]
Stadt Garbsen	Bartels	[Signature]
Stadt Burg	Wapenhans	[Signature]
Stadt Mühlhagen	Gelebeck	[Signature]
Stadt Staßfurt	Gour	[Signature]
Stadt Wernigerode	Dorff	[Signature]
EG Moser	Jantz	[Signature]
Abwasserverband Holtemme	Vogelsang	[Signature]
Stadt Köthen	Richter	[Signature]
Stadt Zörbig (Stadte)	Hole	[Signature]
Stadt Haldensleben	Hentling	[Signature]
Stadt Blankenburg	Hellwich	[Signature]
Hansestadt Salzwedel	Holz	[Signature]
Stadt Wanzleben-Börde	Neschau, Dr.	[Signature]
Stadt Schönebeck	Kreft	[Signature]
HANSESTADT STENDAL	R. HELL	[Signature]
IGSA	LIERENETH	[Signature]